

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 32. Ratssitzung vom 19. Dezember 2018

**727. 2018/452
Dringliches Postulat von Elena Marti (Grüne) und Luca Maggi (Grüne) vom
21.11.2018:
Wiederaufnahme der Seenotrettung durch das Schiff «Aquarius» unter Schweizer
Flagge**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Peter Schick (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

***Elena Marti (Grüne)** begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 601/2018) und zieht es zurück: Das Seenotrettungsschiff «Aquarius» von Ärzten ohne Grenzen und SOS Mediterranée ist eines der Schiffe, die in den letzten Jahren mehrere 10 000 Menschen vor dem Ertrinken im Mittelmeer gerettet haben. Das Schiff liegt im Moment im Hafen von Marseille und kann nicht auslaufen, weil ihm Panama die Flagge entzogen hat. So lange ein Schiff in einem Hafen liegt, kann es seinen Aktivitäten nicht mehr nachgehen und in diesem Fall keine Menschenleben retten. Mit diesem Postulat wollen wir den Stadtrat bitten, sich beim Bundesrat dafür einzusetzen, dem Schiff «Aquarius» die Schweizer Flagge zu vergeben. In den letzten Wochen nach Einreichung dieses Postulats, das auch von verschiedenen anderen Westschweizer Städten überwiesen worden ist, hat sich einiges um die «Aquarius» getan. Der Bundesrat hat auf die Anfrage aus dem Nationalrat reagiert, die von Grünen, SP, CVP und FDP eingereicht worden ist: Der Beschluss ist ernüchternd und macht der humanitären Tradition der Schweiz keine Ehre. Die Schweizer Flagge wird nicht vergeben. Die Argumentation zeugt von mangelndem Mut und mangelnder Motivation, die humanitäre Katastrophe einzudämmen. Die Schweizer Flagge sei grundsätzlich nur für Hochseeschiffe vorgesehen, die den gewerbemässigen Transport von Personen und Gütern betreiben. Unsere rechtliche Lage hätte eine Ausnahme zugelassen, doch der Bundesrat liess sich nicht für dieses Vorhaben gewinnen. In der Antwort wurde auch angegeben, dass es eine europaweit koordinierte Seenotrettung brauche. Damit bin ich einverstanden, aber ich frage mich, wie realitätsfern dieses Argument an dieser Stelle ist. Seit Jahren setzt sich die EU für eine Verschärfung der Situation für Flüchtlinge ein: Sie schliesst Grenzen, fängt Menschen ab und schickt sie wieder zurück ins Elend – und nicht umgekehrt. Die Schweiz sollte hier ein wichtiges Zeichen setzen. Es kann nicht sein, dass wir Menschen im Meer ertrinken lassen, während nach einer europäischen Lösung gesucht wird. Diese Lösung ist dringend notwendig, vorerst bedarf es aber dringlicher Massnahmen für die Rettung. Seenotrettung ist kein Verbrechen, sondern eine gesetzliche und moralische Pflicht. Einmal mehr stellt der Bundesrat hier politisches Kalkül über Menschenleben. Kurz daraufhin kommunizierte die Crew der «Aquarius», dass sie ihre Aktivitäten mit diesem Schiff nicht weiterverfolgen werde. Sie musste schlicht zu lange auf Unterstüt-*

2 / 2

zung warten. Zuletzt wurden Vorwürfe laut, die Crew habe die Bordabfälle nicht ordnungsgemäss getrennt und entsorgt. Aus diesem Grund beschlagnahmte Italien das Schiff. Damit sind wir auf dem Höhepunkt der Kriminalisierung humanitärer Hilfe auf hoher See angelangt. Wir sind an einem Punkt angelangt, an dem das Retten von Menschenleben mit vielen Risiken verbunden ist und illegalisiert wird. Dass es trotzdem mutige Menschen gibt, die sich tagtäglich auf Seenotrettungsschiffen für die Rettung von Menschen auf der Flucht einsetzen, gibt trotzdem Hoffnung. Seitdem die Schiffe an ihrem Einsatz gehindert werden, ist das Risiko gestiegen, auf der Flucht über das Mittelmeer zu sterben. Alleine in diesem Jahr sind etwa 2100 Menschen ertrunken. SOS Mediterranée plant die Wiederaufnahme der Seenotrettung mit einem anderen Schiff. Es ist zu hoffen, dass sie mit dem neuen Schiff auf das Mittelmeer zurückkehren können und der humanitären Tragödie mit ihren Mitteln etwas entgegensetzen können. Deshalb werden wir das Postulat trotz der Dringlichkeit zurückziehen. Wir schätzen es aber sehr, dass der Stadtrat dieses Postulat entgegengenommen hätte. Weiter bleibt es wichtig, dass sich die Stadt Zürich für eine menschliche und faire Flüchtlingspolitik einsetzt. Unsere Stadt hat Gewicht und muss sich dafür einsetzen, dass unsere humanitäre Tradition weitergeführt wird und dass kein Mensch unter dem Deckmantel der illegalen Migration zum Tode verurteilt wird.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat